

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Willfried Penner, Gerd Wartenberg (Berlin), Angelika Barbe, Hans Gottfried Bernrath, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Peter Büchner (Speyer), Günter Graf, Gerlinde Hämmerle, Dr. Ingomar Hauchler, Marianne Klappert, Walter Kolbow, Fritz Rudolf Körper, Volkmar Kretkowski, Dr. Uwe Küster, Dr. Klaus Kübler, Uwe Lambinus, Dorle Marx, Dieter Maaß (Herne), Adolf Ostertag, Albrecht Müller (Pleisweiler), Peter Paterna, Bernd Reuter, Gisela Schröter, Rolf Schwanitz, Johannes Singer, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Siegfried Vergin, Jochen Welt, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Dr. Peter Struck, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD
— Drucksachen 12/1729, 12/3074 —

Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und zunehmende Gewaltbereitschaft in der Bundesrepublik Deutschland

Die politische Entwicklung in unserem Land ist seit einiger Zeit durch eine Radikalisierung in Denken und Handeln gekennzeichnet. Die Bundesregierung hat auf diese Entwicklungen bisher unzureichend reagiert.

Dies hat dazu geführt, daß ausländische Bürgerinnen und Bürger nicht nur zunehmend feindseligen Äußerungen in der Öffentlichkeit ausgesetzt sind, sondern um ihr Leben bangen müssen.

Festzustellen ist, daß die demokratischen Parteien überzeugende politische Antworten auf diese Bedrohung unseres demokratischen Rechtsstaates finden müssen.

Hervorzuheben ist, daß die Vertreter rechtsradikaler Anschauungen ihre Positionen mittlerweile mit einer Schärfe vertreten, die eine Beschränkung auf argumentativen Gedankenaustausch im Rahmen der bislang üblichen politischen Auseinandersetzung nicht mehr zulassen, weil inzwischen ein Umschlag vom politischen Rechtsradikalismus zum politischen Rechtsextremismus stattgefunden hat.

Es ist daher höchste Zeit, dieser äußerst bedenklichen Entwicklung auch durch repressive Maßnahmen wie etwa Partei- oder Vereinsverboten zu begegnen.

Besondere Beachtung verdient die hohe Beteiligung Jugendlicher bei der politischen Radikalisierung und an gewalttätigen Handlungen. Leistungsdruck, zunehmende Individualisierung, unzureichende Mittelausstattung, Konzentration besonderer Gruppen vor allem in Hauptschulen können mittelbar die Gewaltbereitschaft innerhalb und außerhalb der Schule fördern. Ausbildungs- und Berufsstartprobleme führen zu Zukunftsängsten und Orientierungslosigkeit bei Jugendlichen. Die besondere Situation junger Menschen darf aber nicht zum Tummelfeld politischer Demagogen werden. Es müssen wirksame Vorkehrungen gegen radikale Tendenzen und gegen eine Entwicklung zu menschlicher Intoleranz oder gar Fremdenhaß ergriffen werden. Hier ist die Gesellschaft insgesamt, vor allem Eltern, Erzieherinnen, Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer in Familie und Schule gefordert.

Die Verharmlosung des politischen Rechtsextremismus verbietet sich aufgrund der jüngsten Entwicklung, die deutlich gemacht hat, daß aus dem politischen Rechtsradikalismus Terror und brutale Gewalt hervorgegangen sind. Allein im Monat Oktober verzeichnete das Bundeskriminalamt 740 ausländerfeindliche Straftaten, darunter 82 Brandanschläge. 16 Menschen wurden allein in diesem Jahr von rechtsextremistischen Kriminellen ermordet.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag verurteilt mit aller Schärfe die Ermordung ausländischer Bürgerinnen und Bürger, die Gewalttaten rechtsextremer Krimineller, die Anschläge auf jüdische Einrichtungen und die Gewalt gegen Minderheiten.
2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, endlich den Rechtsextremismus so ernsthaft zu bekämpfen, wie dies in der SPD-Regierung unter Helmut Schmidt mit der Bekämpfung des Terrors der RAF geschehen ist.

Vorrangig ist Bekämpfung der Gewalt. Zwingend ist, daß die Strafverfolgungsbehörden – auf der Grundlage der bestehenden Gesetze und ihrer angemessenen rechtlichen Auslegung – diese Straftaten schnell und effektiv aufklären und ahnden. Es muß unmißverständlich werden, daß in Deutschland niemand andere mit Gewalt bedrohen oder ihnen Gewalt antun darf.

Notwendig ist auch die Bekämpfung der rechtsradikalen Demagogen. Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, Verherrlichung von Gewalt in jeglicher Form müssen strafrechtlich verfolgt werden.

3. Der Bildungspolitik und besonders der politischen Bildung kommt bei der Entschärfung des Gewaltproblems eine wichtige Funktion zu, der sie sich im Zusammenwirken zwischen Bund und Ländern und mit der Jugend-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Innenpolitik zu stellen hat. Notwendig ist die angemessene Finanzierung von Jugendfreizeit- und -betreuungseinrichtungen, von Maßnahmen der politischen Bildung (Bundes- und Landeszentralen, Stiftungen, freie Träger) sowie von Schule,

beruflicher Bildung und Hochschule. Gesellschaft, Elternhaus und Schule müssen mitmenschliches Verhalten fördern. Dazu gehört vor allem eine glaubwürdige Politik der Achtung vor anderen Kulturen und der Verantwortung für die eine Welt, Erhalt und Schaffung von Lebensräumen, die Kindern und Jugendlichen Geborgenheit und Perspektiven vermitteln und die Festigung der Werte von Toleranz und Solidarität in der jungen Generation.

4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Arbeit aller ihrer zuständigen Behörden zur Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus zu koordinieren und die Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Interesse einer schnellen und wirksamen Bekämpfung zu verbessern.

5. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, alles zu tun, um unsere Demokratie zu schützen und den sozialen Frieden wiederherzustellen. Hierzu gehören vordringlich:

Die Bevölkerung muß wahrheitsgemäß über die derzeitige wirtschaftliche und soziale Situation – auch unter dem Gesichtspunkt der Beteiligung der ausländischen Bürgerinnen und Bürger am Wohlstand der Bundesrepublik Deutschland – unterrichtet werden.

Sofortprogramme zur Behebung der Jugendarbeitslosigkeit, insbesondere in den neuen Bundesländern, sind zu erarbeiten, Mittel zur Errichtung von Jugendeinrichtungen sind unverzüglich zur Verfügung zu stellen.

Es müssen umfangreiche Aufklärungskampagnen auf allen Ebenen in Gang gesetzt werden.

Die Strafverfolgungsbehörden, insbesondere in den neuen Bundesländern, müssen personell und materiell die erforderliche Ausstattung erhalten.

6. Der Deutsche Bundestag appelliert an alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes:

Wehren Sie sich gegen alle Anzeichen von Intoleranz, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt.

Zeigen Sie Zivilcourage!

Insbesondere Parteien, Schulen, Kirchen, Gewerkschaften, Verbände und Medien sind aufgerufen, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Bekämpfung rechtsextremistischer Erscheinungsformen nachdrücklich zu beteiligen.

Wir müssen zeigen, daß wir die Kraft haben, der Gefährdung des inneren Friedens energisch, konsequent und überzeugend entgegenzutreten.

Bonn, den 9. Dezember 1992

Hans-Ulrich Klose und Fraktion

